Katharina Beier, Jenny Bogitzky, Hubertus Buchstein u.a.:
Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns
Steinbecker Verlag, Rostock, August 2006. 194 Seiten.

(Rezension: Anne Ulrich, August 2007)

Die NPD wird thematisiert, wenn sich medienrelevante Schlägereien ereignet haben oder Wahlen gewonnen wurden; ihr Alltagsgeschäft bleibt meist wenig beachtet. Das gilt in speziellem Maß für ihre kommunalpolitische Tätigkeit. Die NPD hat heute bundesweit etwa 80 Kommunalmandate inne: Was tut sie dort? Wenige Untersuchungen liegen hierzu vor (zu BaWü., Hessen, Sachsen ..). Die Einschätzungen schwanken zwischen Alarmismus und der Prognose, die NPD werde sich im parlamentarischen Alltag blamieren und desavouieren.

Für Mecklenburg-Vorpommern bringt die Studie einer Projektgruppe an der Uni Greifswald unter Leitung von Prof. Hubertus Buchstein etwas Licht in diese Frage. Die NPD errang hier 10 Mandate in den Kommunalwahlen 2004, nachdem die 5%-Hürde abgeschafft worden war. (Tatsächlich war die NPD auch in der folgenden Landtagswahl im September 2006 erfolgreich und zog mit 7,3% und 6 Abgeordneten in den Schweriner Landtag ein, dieser Termin lag allerdings nach Abschluss der Studie.) Die AutorInnen fragen danach, welche strategische Bedeutung die kommunalpolitische Arbeit für die NPD hat, welche inhaltlichen Schwerpunkte sie setzt, wie sie mit den Instrumentarien der kommunalen Demokratie umgehen und unter welchen Bedingungen die MandatsträgerInnen in welchem Maß erfolgreich agieren oder eben nicht. Dem Bändchen ist die kollektive AutorInnenschaft anzumerken, insofern sich Schreibstile partiell deutlich unterscheiden und einzelne Redundanzen auftreten, es schult aber auf jeden Fall die Regionalkenntnis und ist in der Sache mit Gewinn zu lesen.

Die Rechtsextremen Mecklenburg-Vorpommerns gelten als „Vorzeige-Szene“ im bundesweiten Vergleich, weil die Szene vielfältig und, wie sie hofft, dadurch relativ verbotsresistent organisiert ist (siehe dazu auch Mut-gegen-rechte-Gewalt.de: Serie über Rechtsextremismus in den Bundesländern). Das vom Neonazi Christian Worch propagierte „Organisieren ohne Organisationen“ scheint hier erfolgreich. Die auf ca. 1.200 Personen geschätzte sog. freie - und aggressivere - Szene organisiert sich in Kameradschaften, Kulturbünden und überregional organisiert, speziell in der „Mecklenburgischen Aktionsfront“ und dem „Nationalen und sozialen Bündnis Pommern NSBP“. Kommunal- und landespolitisch bedeutsam ist, dass die organisatorisch eher schwache NPD auf die enge Zusammenarbeit mit dieser Szene angewiesen ist. In Vorbereitung auf die Landtagswahlen hat sich gar die Mitgliederzahl der NPD von 100 auf 220 verdoppelt, weil diverse Kameradschaftskader in die Partei eingetreten sind, um von einem Erfolg bei den Landtagswahlen mitzuprofitieren (teils durchaus mit Erfolg). Wer hier wen instrumentalisiert, darf also gefragt werden und stellt sich, so ein Ergebnis der Greifswalder Studie, in den unterschiedlichen Landesregionen unterschiedlich dar.

Die Studie bringt zuerst eine längere Einleitung zum programmatisch instrumentellen Verhältnis der NPD zum Parlamentarismus und kommunalpolitischer Arbeit. Die antiparlamentarische Agitation ist eindeutig, die NPD zielt auf einen Sturz des „Systems“ zugunsten einer autoritär-volksgemeinschaftlichen Ordnung. Die kommunalpolitische Arbeit erhielt unter der Ägide des Parteichefs Voigt propagandistisch einen hohen Stellenwert, während doch zugleich programmatisch der kommunalen Selbstverwaltung überhaupt kein institutioneller demokratischer Stellenwert zuerkannt wird: „Partikularistische Interessen“ werden aufgelöst im organischen Volkskörper. Die Relevanz der unteren Ebenen von

Familien und den ethnisch homogenen Dorf-/Wohnviertelgemeinschaft besteht darin, Identität und lokale Bindung der Menschen zu sichern. Diese Kontextualisierung macht klar, dass die Mandate im ersten Zug Platzhalter- und Repräsentanz-Funktion haben, auch da, wo die NPD sich als Vertreter der kleinen Leute präsentiert.

Im empirischen Teil werden vier der sieben Kommunalparlamente mit NPD-Mandaten untersucht. Betrachtet werden sollten Parlamente sowohl im ländlichen als auch im (klein-)städtischen Feld sowie in beiden Fällen solche mit stärkerer NPD resp. mit starken Kameradschaften. Dafür bot sich dann folgende Fälle an: Der sehr strukturschwachen und durch Kameradschaften belegte Landkreis Ostvorpommern (einziger touristischer Magnet: Usedom); das Städtchen Anklam (das in diesem Landkreis liegt und insbesondere durch die Umtriebbarkeit des schwäbisch-hamburgischen NPDlers Andrejewski als braunes Pflaster bekannt geworden), der west-mecklenburger Landkreis Ludwigslust (wirtschaftlich begünstigt, da auf der Wirtschafts- und Verkehrsachse Berlin-Hamburg gelegen, und durch zugezogene Hamburger NPD-Kader in bester Zusammenarbeit mit den Kameradschaften aufgestellt; einer der beiden Mandatsträger hier ist Stefan Köster, Landesvorsitz MecklVorp und Mitglied im Bundesvorstand der NPD) - und die kreisfreie Stadt Stralsund.

Diese Fallstudien lesen sich etwas mühsam, weil hier das kleinteilige und teils nach den angewandten empirischen Methoden mangels Masse nicht recht belastbare Material ausgebreitet wird. Bündelungen und Beurteilungen müssen dazwischen gesucht werden. Jede Fallstudie beginnt mit Daten zum Kreis/ zur Kommune, zur lokalen Aufstellung des Rechtsextremismus und der politischen Konstellation im Kommunalparlament. Die Tätigkeit selbst wird durch Dokumentenanalyse und teils Interviews, die Reaktion der anderen Parteien durch Interviews und Fragebögen erhoben. Eine dann wieder eher essayistisch zu lesende Zusammenfassung rundet den Band ab.

Ein bemerkenswerter Aspekt ist zuerst einmal, dass die 8 NPDler, die die 10 mecklenburg-vorpommerschen Mandate innehaben, sich bislang weder durch Rücktritte noch öffentlichen Zank auszeichnen. Die These, sie würden am Parlament scheitern, bestätigte sich nicht. Vielmehr zeichnen sich die Abgeordneten durch den Typ „unauffälliger Nachbar“ aus, stets anwesender, adretter Biedermann. Allerdings sind ihre kommunalparlamentarischen Aktivitäten ausgesprochen mager; tatsächlich tritt nur Andrejewski (Anklam) durch Anträge, Reden und Anfragen hervor.

Für alle Mandatsträger gilt, dass sie nicht in Ausschüssen mitarbeiten (Ausnahme regionale Planungskommissionen): Die Energie wird nicht in die öffentlich wenig wahrnehmbare Aushandlungsarbeit der Ausschüsse gesteckt; sei nehmen an den Plenarsitzungen teil - und präsentieren sich mit mehr Erfolg außerparlamentarisch bei Volksfesten und Strassenständen. Themen und Informationen aus den Parlamenten werden gern in den diversen Nazi-Zeitungen und homepages ausgeschlachtet. Dort können sich die NPDler als kommunalpolitisch rege darstellen und notfalls behaupten, die lokale Presse unterdrücke sie - und können ohne unmittelbare Konfrontation polemisieren. Diese Strategie verfolgen ausgeprägt die Ludwigsluster Kader Köster und Bärthel, beide lang erfahren im rechtsextremen Milieu, nach dem Motto: Es ist egal, was die NPD konkret im Kreistag leistet, wichtig ist, nach außen propagandistisch den Eindruck zu vermitteln, sie würde was tun (S.171).

Über die politischen Inhalte der kommunalen Funktionäre kann die Studie nur verhalten sprechen, weil die NPDler kaum Anträge eingebracht haben, also das auswertbare Material methodisch dünn ist. Das klassische NPD-Kernthema „Deutschland den Deutschen“ taucht in regionalen Varianten auf, wenn zB. Andrejewski den Austritt aus der EU-geförderten

Kommunalgemeinschaft Pomerania fordert. Das Thema ist in der NPD mittlerweile klar durch soziale Themen (Hartz IV; regionale Arbeitsplätze und Wirtschaft) und Aspekte von Staats-/ Bürokratiekritik ergänzt, korrespondierend mit dem 1996er Programm, das globalisierungskritisch auf eine „raumorientierte Volkswirtschaft“ setzt. Die Umsetzung in kommunalpolitische Anträge fällt offensichtlich nicht leicht. Diese Herausforderung wird, so die AutorInnen, dadurch verschärft, dass sowohl Kenntnis in kommunalparlamentarischen Instrumenten und Verfahren fehlt als auch die NPD-Abgeordneten im Schnitt einen eher bescheidenen Bildungsstand aufweisen (S.149f). Die geschichtspolitischen Anträge – Einrichtung einer Gedenkstätte in Anklam; Gedenktag für KZ-Opfer erweitern um Gedenken an einen NS-Helden; Gedenkstein für Opfer alliierter Luftangriffe uä. - kommen wohl nicht zufällig von den hartgesottenen westdeutschen Mandatsträger (166), hier scheint es im Osten „keine populistische Welle“ zu geben.

Was hat die NPD von dieser Arbeit? Die generelle Perspektive zielt darauf, anhand der krassen regionalen Strukturprobleme und sozialökonomischen Misere die Leistungsfähigkeit der Demokratie in Zweifel zu stellen, um den Demokratie-Verdross zu verstärken und die Bereitschaft für eine autoritäre Lösung aufzubauen. Andrejewski, aber auch etwa - außerparlamentarisch – Arendt in Stralsund inszenieren sich dabei auch als „Anwalt der kleinen Leute, die einem menschenverachtenden System zum Opfer fallen“ – mit einigem Erfolg unter jüngeren Leuten, wenn man den Umfragewerten glauben darf, dass die NPD unter Jugendlichen auf 9,19% Zustimmung stößt (S.185¹). Dabei scheut sich ersterer auch nicht, im Interview die abstrusen Begründungen hierfür zu nennen: Zustimmung zur NPD soll gewonnen werden, und die Basiseinrichtungen (Wirtschaftsbetriebe, Krankenhaus, Bibliothek, Schule) müssten für die Zeit nach dem Umsturz erhalten bleiben. (Interview im 3.Kap.)

Die demokratischen Parteien verfahren i.A. nach dem Muster, die NPD nach Kräften zu ignorieren, möglichst ihre Stellungnahmen nicht zu verlesen etc. Dass dahinter durchaus Dissens in der Einschätzung des Problems besteht, wird eher zufällig sichtbar (als in Stralsund eine Stellungnahme für Toleranz und gegen Rechtsextremismus verabschiedet werden soll, setzt die CDU die Formulierung „Extremismus“ durch, S.172). Teils wird durchaus eine aktivere Auseinandersetzung gewünscht, weil gesehen wird, dass das Ignorieren den Spielraum der NPD vergrößert (S.109). Die best practice-Debatte steht in Mecklenburg demnach noch bevor: Tatsächlich verzichtet der Stillschweige-Konsens der demokratischen Parteien zugleich auf die offensive Kritik und Zurückweisung der nazistischen und antidemokratischen Programmatik. Er funktioniert zudem nur in dem Maß gut, wie die NPDler in den Sitzungen passiv oder unfähig sind, und ignoriert ihre Praxis der außerparlamentarischen Agitation.

Vermutlich ist das Argumentieren gegen Rechts und die Verteidigung der Demokratie unter kommunalen Bedingungen strukturschwacher ostdeutscher Kommunen eine politische Herausforderung erster Ordnung. Die Rechtsradikalen – Fraktion „Strasse“ ebenso wie Fraktion „Parlament“ zurückzudrängen und unattraktiv zu machen setzt die Stärkung von Demokratie und DemokratInnen, öffentliche Präsenz glaubwürdig handelnder demokratischer Parteien und demokratische Jugendarbeit in den Regionen voraus, wofür kein Patentrezept verfügbar ist. Die Studie schließt mit der Prognose, dass vermutlich die Ursachen für die Ausbreitung rechtsextremer Einstellungen eher noch an Virulenz gewinnen könnten – und erinnert, dass „die Demokratie wie die Sprache immer wieder neu von jeder Generation erlernt“ werden muss.

¹ 30% rechtsextremistisches Einstellungspotential vs 4% Wahlbereitschaft; Stöss 2005; Beier, Boginsky, Buchstein ua. 2006:30.